

Die Freiheit erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zahlung im Voraus für Groß-Berlin 10,- M. im Voraus zahlbar, von der Expedition selbst abgeholt 5,50 M. Die Verträge nehmen sämtliche Postanstalten entgegen. Unter Schriftwechsel bezogen für Deutschland und Österreich 10,00 M., für das übrige Ausland 21,50 M. Inländisch Postumschlag, per Brief für Deutschland und Österreich 20,- M. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 54.

Die achtspaltige Konkrete Seite oder deren Raum kostet 5,- M. einschließlich Teuerungszuschlag. Kleine Anzeigen: Das festgedruckte Wort 2,- M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Teuerungszuschlag. Sonstige Anzeigen: Das festgedruckte Wort 3,00 M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Teuerungszuschlag. Die Anzeigen sind zu belegen: das festgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,- M. Belegpreis: Zentrum 2030, 2045, 4516, 4603, 4635, 4649, 4921

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die neue Stadtverwaltung endlich fertig?

Einführung des Oberbürgermeisters und des Magistrats

Heute vormittag fand die Einführung des Oberbürgermeisters Wermuth durch den Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg, Dr. Meyer, und danach die Einführung des neuen Magistrats durch den Oberbürgermeister statt. Dieser Akt war durchaus nicht auf einen feierlichen Ton gestimmt. Ueber dem Ganzen lag die Spannung der politischen Gegensätze, die durch den eben beendeten Elektrizitätsstreik noch bedeutend verschärft worden ist. Während man es seither gewohnt war, daß von bürgerlicher Seite den sozialistischen Vertretern in den Parlamenten öfter der Vorwurf gemacht wurde, daß sie die Würde der Versammlung und des Hauses nicht wahren, gibt jetzt die bürgerliche Minderheit der Berliner Stadtverordnetenversammlung selbst das Beispiel einer Verletzung des politischen Anstands, die durch nichts mehr zu entschuldigen ist. Die sozialistische Mehrheit der Groß-Berliner Stadtverordnetenversammlung hat in einer bisher nicht gekannten Loyalität den Interessen der Minderheit Rechnung getragen.

Die Handlung selbst vollzog sich ohne besondere Kennzeichen. Stadtverordnetenvorsteher Genosse Dr. Wenzel eröffnete die Versammlung und beauftragte einige Stadtverordnete, die beiden Bürgermeister und den neuen Magistrat aus dem Magistratsgebäude in den Bürgeraal zu geleiten. Nach der Ankunft im Sitzungssaal richtete der Oberpräsident Dr. Meyer folgende

Ausprache an den Oberbürgermeister Wermuth:

Die Stadtverordnetenversammlung hat Sie zum ersten Oberbürgermeister der neuen Reichsstadt Berlin berufen. Nach eben beendeten Kampf und Wechsel übernehmen Sie Ihr Amt. Sie übernehmen schwere Lasten, die Ihre volle Arbeitskraft in Anspruch nehmen werden. Die Fülle von Formen und Forderungen, wie sie sich naturgemäß in einer Wohngemeinschaft von vier Millionen Menschen ergeben, macht sich schon in normalen Zeiten geltend. Um vieles mehr aber in unserer heutigen Zeit des wirtschaftlichen Niedergangs, der Arbeitslosigkeit, der Wohnungsnot, der Teuerung, der städtischen Finanznot. Alle diese Dinge bedrängen das neue Unternehmen. Aber dennoch gilt es, das Werk aufzunehmen, nicht nur als eine Pflicht, sondern als eine dringende nationale Aufgabe. Sie finden einen Schatz kommunaler Betätigung und Erfahrungen vor, getragen vom Geiste der Selbstverwaltung. Dieser Geist der Objektivität, der Einordnung und Unterordnung unter das Allgemeinbedürfnis ist die zuverlässigste Grundlage der kommunalen Wirksamkeit. Genug Hindernisse werden Ihnen entgegenstehen. Wo es zum Kampf kommt, muß gekämpft werden. Mit dem lebhaftesten Wunsche, daß Ihre Tätigkeit der Stadt und dem Vaterland zum Segen gereichen möge, übergebe ich Ihnen Ihr Amt.

Die Antwort des Oberbürgermeisters

Oberbürgermeister Wermuth dankt dem Oberpräsidenten aufrichtig für seine Worte. Er fährt dann fort: Mit dem heutigen Tage, mit dem Hintritt des Magistrats, schließt sich die räumliche Entwicklung Berlins vielleicht für immer. Wermuth weist kurz und anschaulich die Entwicklung Berlins, das unaufhaltsam hinausdrängt über seine Grenzen. In der Verwirrung der Verhältnisse, die durch diese fortwährende Vergrößerung hervorgerufen wurde, war der Zwischenschritt nur ein Notbehelf. Jetzt hat uns die Not der Zeit ganz zusammengefaßt. Nun einmal die Bewegung in Ruhe gekommen ist, gibt es kein Zurück mehr. Ich habe als nunmehriger Magistratspräsident die Altersgrenze bereits überschritten und meine Kräfte im Krieg aufgebraucht. Inmitten einer höchst gefährlichen Lebensmittellage ist mir die Verfolgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln der einzige Leitstern meiner Tätigkeit gewesen. Dennoch ist es mir eine Ehre, diese neue Aufgabe zu übernehmen und es ist mir weiterhin Pflicht und Genugtuung, die neu einsetzenden Magistratsmitglieder bekannt zu machen mit der Tätigkeit des Magistrats. Ich gelobe hiermit durch Handschlag, meinen Pflichten solange nachzukommen, wie meine Kräfte irgend reichen.

Wermuth wendet sich nunmehr an die neuen Magistratsmitglieder und führt diese mit folgender Ansprache in ihr Amt ein: Wir bilden nunmehr eine durch schwere Kämpfe zusammengewachsene Einheit. Rollen wir uns vor dem Untergang bewahren, müssen wir alle unsere Kräfte rücksichtslos einsetzen und gebrauchen. Die Bezirksversammlungen und die Bezirksämter müssen so schnell als möglich zusammentreten. Wenn Sie jetzt in dieser beispiellos schwierigen Zeit die drückende Bürde Ihres Amtes übernehmen, werden Sie den Ernst und die Größe der Arbeit erkennen. Dem künftigen Magistrat spreche ich den Dank für seine Tätigkeit aus. Er wird nun erfüllt durch diejenigen, die seit Jahrzehnten vom öffentlichen Leben abgeschlossen waren. (Sehr richtig!) Nun liegt es an Ihnen, diesen neuen Geist in Taten umzusetzen. Ich bin überzeugt, daß Sie immer Schulter an Schulter arbeiten werden für das Wohl des neuen Groß-Berlins. (Unruhe rechts. — Beifall links.)

Nunmehr werden die besoldeten Magistratsmitglieder von Oberbürgermeister Wermuth durch Handschlag für ihr Amt verpflichtet, während die unbesoldeten Magistratsmitglieder das Treue-

gelöbnis auf die Reichsverfassung ausdrücken müssen. (Stürmische Heiterkeit im ganzen Hause erregt es, als der Neukommunist Stoll der Reichsverfassung die Treue schwört.) Stadtverordnetenvorsteher Genosse Dr. Wenzel bietet nunmehr im Namen der Stadtverordnetenversammlung dem neuen Magistrat aufrichtigen Glück. Er bedauert nochmals, daß der neue Magistrat nicht bereits am 1. Oktober sein Amt antreten konnte, sondern, daß durch politische Mischgeschäften dies verhindert wurde. Auch jetzt sei der neue Magistrat nicht vollständig. Er stellt unter lebhafter Zustimmung der linken Seite der Versammlung fest, daß die Mehrheit dieser Versammlung jede Nichtbestätigung als einen Schlag gegen die Selbstverwaltung empfinde.

Genosse Wenzel fährt dann weiter aus: Auch der neue Magistrat wird seine Beschlüsse nicht in voller Freiheit fassen können, in jeder Beziehung ungerichtet, sondern auf der Straße ausgefochten werden. Der neue Magistrat wird getragen vom Vertrauen der Mehrheit der Bevölkerung, die am 20. Juni ihre Stimme abgegeben hat. (Heftiger Widerspruch rechts. — Lebhafter Beifall links.) Die ihm eingeräumte Macht wird er dazu benutzen, etwas Vorbildliches für die Unbemittelten und Minderbemittelten zu schaffen. Der neue Magistrat wird seine Ehre daran setzen, ein sozialistischer Magistrat zu sein. (Bravo und Widerspruch.) Die Sozialisierung des Magistrats darf und wird kein Experiment sein, sondern eine soziale Maßnahme, die organisch weiterwirkend sich ausdrücken wird. Der neue Magistrat kann ruhig in die Zukunft sehen, wenn er sich vom Interesse der Gesamtheit leiten läßt. Dieses Interesse der Gesamtheit war nicht vorhanden bei dem planlosen, in jeder Beziehung ungerechtfertigten Streik, der uns beschäftigt hat und von dem die Arbeiter schnell wieder zur Besonnenheit zurückgekehrt sind. Verunglimpfungen hat der neue Magistrat schon genug hinnehmen müssen, er wird gut tun, durch seine Tätigkeit die Gegner, die einer Belehrung nicht zugänglich sind, eines Besseren zu überzeugen. Er soll seine Tätigkeit ausüben im Interesse der Armen, der Ausgebildeten, für wirtschaftliche und persönliche Freiheit. (Zuruf rechts: So sieht es aus! — Heftige Entrüstung links.) So entbiete ich dem neuen Magistrat ein herzlich Willkommen zu frischer, erfolgverheißender Arbeit. (Lebhafter Beifall links. Zischen rechts.)

Es folgt nunmehr die Einsetzung einer Verwaltungsdeputation, die sofort die Organisierung der Bezirksversammlungen und Bezirksämter vorzunehmen hat. Die Deputation, die ursprünglich aus 15 Mitgliedern bestehen sollte, wird auf einen bürgerlichen Antrag hin auf 25 erweitert, um alle Minderheiten zu ihrem Rechte kommen zu lassen. Diese Deputation tritt morgen früh um 10 Uhr im Zimmer 55 des Rathauses zusammen, um ihre Tätigkeit zu beginnen.

Ein Vorstoß der Rechten

Lebhaft wird es noch einmal, als von der rechten Seite der Versammlung zwei Dringlichkeitsanträge zur Beratung kommen. Ein Antrag Dr. Schneider (Deutschnational) spricht der städtischen Verwaltung die schärfste Mißbilligung aus über ihr Verhalten im Elektrizitätsarbeiterstreik und fordert die Bildung eines Untersuchungsausschusses von 25 Mitgliedern, der die strafrechtliche Verfolgung der Urheber einleiten soll. Dieser Ausschuss sollte noch heute zusammentreten. Genosse Wielik widerspricht der Beratung dieses Dringlichkeitsantrages wegen dessen Form und seiner Begründung. Einem anderen deutschnationalen Antrag wurde ebenfalls vom Genossen Wielik widersprochen. Dadurch werden beide Anträge von der heutigen Sitzung abgesetzt und die Sitzung hierauf geschlossen.

Der neue Magistrat und damit das neue Groß-Berlin können nun nach den schwersten Hindernissen endlich ihre Tätigkeit beginnen. Darüber muß man sich von vornherein klar sein, daß im neuen Groß-Berlin die politischen Gegensätze in voller Schärfe zum Ausdruck kommen werden. Liehen das schon die vergangenen Wochen und Monate erkennen, der Kampf um Groß-Berlin selbst, um den Magistrat und um die Bürgermeisterposten, so zeigte sich das wohl am deutlichsten in der heutigen Feier. Die bürgerlichen Parteien verlangen sonst, daß bei solchen Gelegenheiten die politische Kampfstellung in den Hintergrund treten solle. Dieser Gebrauch wurde heute von ihnen selbst in einer Art und Weise durchbrochen, die geradezu empörend wirkte. Es gibt also keine Illusionen. Der Arbeiterschaft erwächst daraus die Pflicht, geschlossen das sozialistische Groß-Berlin zu verteidigen, gegen das die Angriffe der Reaktion ununterbrochen gerichtet sind.

Armeniens Notlage. Eine Mitteilung der armenischen Regierung vom 7. besagt, daß sie mit der Türkei einen Waffenstillstand unterzeichnet habe. Die armenischen Truppen würden das westliche Ufer des Arpaats räumen. Die Türken würden während der Friedensverhandlungen Alexandropol besetzt halten. Die Türkei verweigert die Aufrechterhaltung der Ordnung und den Schutz der Bevölkerung.

Das Home-Ause-Gesetz angenommen. Das Home-Ause-Gesetz ist im Unterhaus in dritter Lesung mit 183 gegen 52 Stimmen angenommen worden. Carson erklärte, Witter werde sein Bestes tun, um das Gesetz zur Ausführung zu dringen.

Die Thüringer Regierung

Aus Thüringen wird uns geschrieben:

In Thüringen scheinen nun endlich die politischen Verhältnisse für die nächste Zeit eine etwas festere Gestalt annehmen zu wollen. Das seit der Landtagswahl, also seit länger als drei Monaten bestehende Regierungsprovisorium mußte verschwinden — diese Auffassung herrschte in allen Parteien. Als der Landtag am 3. d. M. zusammentrat, sah er sich in genau dieselbe Situation versetzt wie im September. Eine Mehrheit für eine ausgesprochene Rechts- oder Linksregierung konnte nicht gefunden werden, weil die vier Mann starke demokratische Fraktion halt- und ratlos hin- und herpendelte. Den bekanntesten Mindestforderungen unserer Partei setzte das demokratische Fraktionsgremium ein glattes Nein entgegen und die Hand zu einer extremen Reaktionsregierung wagte sie nicht zu bieten, während die rechtssozialistische Fraktion nach der Berliner Weisung handelte, einer über die Demokraten nach rechts hinausgehenden Regierung nicht beizutreten. Nun aber wurde von beiden Seiten zur Entscheidung gedrängt. Die Demokraten waren im Begriff, sich von ihren Bourgeoisinteressen leiten zu lassen und das Bündnis mit Deutschnationalen, Deutscher Volkspartei und den Bauernbündlern abzuschließen. Da haben sich die Demokraten noch in letzter Stunde, am Montag, Rat von der demokratischen Parteileitung in Berlin geholt, der dahin lautete, daß eine Rechtsregierung unter keinen Umständen mitgebildet oder unterstützt werden dürfe. Insbesondere sollen es die Minister Koch und Gehler gewesen sein, die gegen eine Mitwirkung der Demokraten in einer Rechtsregierung in Thüringen Front gemacht haben; sie kennzeichneten ein derartiges Thüringer Regime als eine strategisch-politische Verleugnung der bayerischen Orgesch. Die beiden Minister müssen in der Reichspolizei reiche Erfahrungen in bezug auf die Pläne der Reaktion gesammelt haben, denn anders läßt sich ihre Stellungnahme nicht erklären; schade nur, daß sie aus diesen Erfahrungen die Konsequenzen nur für das kleine Thüringen ziehen, nicht aber für das Reich.

Die Situation hatte sich also plötzlich so gewandelt, daß von den Parteien der Linken ein gangbarer Mittelweg gefunden werden mußte. Unsere Partei mußte grundsätzlich eine Revision ihrer Mindestforderungen ablehnen, ganz abgesehen von ihrer Haltung gegenüber dem neukommunistischen Grüppchen (Hölein, Geithner, Tenner, Leys). Schneller als zu erwarten war, ist auf der Linken aber zurzeit einig mögliche Weg gefunden worden, die Bildung einer Regierung aus zuverlässig linksgerichteten Beamten, gestützt durch Rechtssozialisten und Demokraten; dieser Regierung ist auch die formale Opposition der Neukommunisten in Aussicht gestellt worden, eine Taktik, die sich mit den Moskauer Direktiven über Parlamentarismus kaum vereinbaren lassen dürfte.

Die neue Regierung steht folgendermaßen aus: Dr. Paulsen (Weimar), ein Durchschnittsdemokrat, der sich gern von der jeweiligen Situation tragen läßt — Demokrat nicht mehr und nicht weniger als die Petersen, Koch und Gehler. Staatsrat Dr. Beur (Reinigen), demokratischer Beamter, zweifellos mehr Beamter als Politiker. Freiherr v. Brandenstein, Beamter, parteilos, der aber durch seine Vergangenheit seit dem 8. November 1918 den Beweis erbracht hat, daß er vielleicht der einzige politisch befähigte Kopf der Regierung ist. Brandenstein wurde nach der Novemberrevolution erster Minister des Volksstaates Preußen und er hat von dieser Stelle aus die Thüringer Einigungsbestrebungen tatkräftiger als irgendein anderer gefördert. Er ist nicht nur überzeugter Republikaner, sondern er ist auch der Sache der proletarischen Revolution ergeben, wie die Kapp-Tage gezeigt haben. Brandenstein hat sich sehr schnell das Vertrauen der arbeitenden Bevölkerung erworben, verstanden, weil er deren Interessen stets rücksichtslos vertreten hat; dafür ist er heute der Mittelpunkt aller gegläubten Angriffe der Reaktion, die lieber einen Rechtssozialisten in ihre Ministerliste aufgenommen hätten als Brandenstein. Als vierter Minister kommt der Rechtssozialist Frölich (Altenburg) in Betracht, ein Reformsozialist ohne besondere Eigenschaften, unter dessen Führung die Rechtssozialisten bisher alle Schwentungen in der Reichspolitik mitgemacht haben. Dazu kommen die Staatsräte, und zwar der Rechtssozialist Hartmann, der Demokrat Dr. Krüger und Dr. Viefelheid als Beamter.

Die Reaktion lief gegen diese Liste Sturm, sie präsentierte eine bürgerliche Liste, an deren Spitze der Erzreaktionär v. Eichel-Streiber stand. In vierstündiger Debatte bemühten sich die Fraktionen der Rechten vergeblich, den Vorschlag der Linken zu Fall zu bringen. Die Demokraten blieben diesmal fest, die Neukommunisten gaben eine Neutralitätserklärung ab und enthielten sich in der Abstimmung der Stimme, so daß die neue Regierung mit 26 gegen 23 Stimmen gewählt wurde.

Die Unabhängige Sozialdemokratie hat sich in diesem Augenblick, ohne von ihrer grundsätzlichen Stellungnahme etwas preiszugeben, von dem allein richtigen, weil zwingenden Gedanken leiten lassen, das Zu-

Randbalken einer Regierung zu verhindern, die die Herrschaft der Orgesch bedeutet haben würde. Die Gegenrevolution macht in Thüringen verweirte Anstrengungen, sich hier Machtpositionen zu schaffen. Die geradlinige Verbindung zwischen der bayerischen und der norddeutschen Orgesch besteht in genügendem Umfang noch nicht, das rote Thüringen, das während der Kappage die schönsten Pläne der Komterrevolution zum Scheitern brachte, ist der bewaffneten Staatsstreikorganisation auch heute noch wie ein Pfahl im Fleisch. Der Staat Thüringen ist unter seiner provisorischen Regierung schon dazu übergegangen, sich eine eigene Sicherheitspolizei heranzubilden, die nicht, wie die preussische Sipo, sich zusammensetzt aus reaktionären Elementen unter Führung gegenrevolutionärer Offiziere. Diese Sicherheitspolizei, absolut republikanisch, ist heute unter der Leitung von Müller-Brandenburg im Entstehen begriffen und ihr wollte die Rechtsregierung zu allererst das Lebenslicht ausblasen, um auch in Thüringen die preussische Sipo unumschränkt herrschen zu lassen.

Das sind nur die handgreiflichsten Gefahren, die mit einer extremen Rechtsregierung verbunden wären. Von besonderer Wichtigkeit ist noch die Tatsache, daß Thüringen noch keineswegs ein selbstgestütztes Gebilde ist, sondern lediglich ein loses Gefüge von sieben Zwergstaaten. Eine Regierung der Reaktion hätte zweifellos alle partikularistischen Bestrebungen, namentlich den Anschluß einzelner Teile an Preußen, gefördert. In Preußen erblickt die Thüringer Reaktion von Anfang an ihren besten Verbündeten, diejenige Macht, die kapitalistische und reaktionäre Gefühle auf die Dauer am nachdrücklichsten schützt. Es bedarf keiner besonderen Betonung, daß die Reaktionsregierung mit all den zahlreichen, wenn auch nur kleinen Errungenschaften, seit der Novemberrevolution radikal aufzuräumen gedachte, eine agrarisch-reaktionäre „Ordnung“ nach bayerischem Muster sollte aufgerichtet werden.

Da durfte unsere Partei nicht die Hände in den Schoß legen, und den Dingen ihren Lauf lassen. Sie hat sich bereit erklärt, diese Regierung zu unterstützen, solange sie keine arbeiterfeindliche Politik treibt. Illusionen über Stärke und Dauer der neuen Regierung braucht man sich deshalb nicht zu machen und wir sind die allerletzten, die nun vielleicht annehmen könnten, alle Stürme der Reaktion seien abgeblasen. Nein, der eigentliche Kampf beginnt erst und da muß sich erst die Ehrlichkeit und die Widerstandskraft der Demokraten zeigen. In der Abwehr der Orgesch stimmen wir augenblicklich mit diesen politischen Weiterführenden überein, ob es aber in anderen bedeutungsvollen Fragen nicht zu den schärfsten Auseinandersetzungen kommt, steht dahin, ist zumindest sehr gewiß. Ein langes Leben möchten wir aus diesem Grunde der neuen Regierung nicht prophezeien. Sie hilft uns über die nächsten großen Nöte hinweg und damit muß man sich wohl oder übel abfinden.

Neukommunistischer Schwindel

In der „Internationale“ wird der Nachweis versucht, daß unsere Partei „von Stufe zu Stufe“ auf das Niveau der Rechtssozialisten herabgleitet. Es werden zunächst die alten Kamellen, die wir längst widerlegt haben, über unsere Sozialisierungsversuche zum laubstößigen Kisse wiederholt; es wird weiter geschwafelt, daß wir uns zum arbeitgemeinschaftlichen Zusammenwirken mit den Unternehmern in allen Fragen der Lohnpolitik und zugleich zur positiven Mitarbeit an der parlamentarischen Verschleierung der Klassengegensätze entschlossen hätten. Und es wird schließlich neu behauptet, daß unsere Genossen „damit rechnen müssen, daß sie demnächst Mitglieder einer Regierungs-partei“ werden. Angeblich soll uns dieser „Segen“ aus Thüringen kommen.

Diesem neuen Schwindel wollen wir von vornherein entgegenreten. Erstens ist es gar nicht wahr, daß unsere Genossen in Thüringen sich an der Regierungsbildung beteiligen. Was gestern bereits in allen Morgenblättern zu lesen war, muß die „Internationale“ natürlich ihren Lesern verschweigen. Die Thüringer Regierung ist lediglich aus

Demokraten, Rechtssozialisten und parteilosen Beamten gebildet worden. Unsere Genossen sind in die Regierung nicht eingetreten. Zweitens hat unsere Parteileitung gegenüber der Regierungsbildung in Thüringen selbstverständlich jenseits denselben Standpunkt eingenommen wie früher, als noch Däumig, Stoeder, Koenen und Hoffmann dem Zentralkomitee angehörten, drittens ist aber die Neukommunisten gar nicht so grundfahrig, wie sie jetzt erscheinen wollen. Haben doch gerade Stoeder und Koenen die von der Partei bei der Regierungsbildung zu beobachtenden Grundsätze mit unseren Thüringer Genossen vereinbart und dabei zum Ausdruck gebracht, daß auch ein paar Bürgerliche als Fachminister in eine sozialistische Regierung aufgenommen werden können. Auf alle Fälle ist die „Internationale“ wieder einmal bei ihrer Bekämpfung unserer Partei gründlich herein-gefallen.

Die Anarchie in Ungarn

Neue Mordtaten — Steigende Notlage der Arbeiter

In Ungarn steigert sich die Anarchie, die von den weißgardistischen Offizieren des Reichsverwesers Horthy hervorgerufen worden ist, von Tag zu Tag. Eine ganze Reihe von Mordtaten, von Offizieren verübt, haben sich in den letzten Tagen wieder zugetragen. Der Terror richtet sich nicht mehr gegen Juden und Sozialisten, sondern die Offiziersbanden wenden sich gegen alles, was nicht zu ihrer Bereinigung zählt. Am 10. November wurde in Budapest ein Polizist namens Solta von Offizieren ermordet. Im Parlament brachte Huszar diese Vorgänge zur Sprache, er forderte strenge Maßnahmen gegen die Terroristen und sagte, daß die Regierung keine 24 Stunden mehr unterdrückt werden könnte, wenn sie der Staatsautorität nicht sofort Geltung verschaffen würde.

Die Polizei, die über den Mord an ihrem Kollegen empört ist, hat sich eng zusammengeschlossen. Sie ist gewillt, dem Terror der Offiziere selbständig ein Ende zu machen. In der Nacht zum Donnerstag wurde in Budapest das Hotel Britannia, wo die Offiziere wohnen, die den Polizisten ermordet haben, von Polizei und Infanterietruppen umstellt. Das Haus wurde durchsucht; es gelang, 40 Personen zu verhaften, darunter den berüchtigten Oberleutnant Hejjas. Im Hotel wurde ein großes Waffenlager gefunden, darunter Maschinengewehre und auch Bomben. Der Ministerrat tagt in Permanenz. Es ist möglich, daß die Offiziere einen Aufstand ins Werk setzen, um zur Alleinherrschaft zu gelangen.

Ganz Ungarn wird inzwischen von einer heftigen Wirtschaftskrise durchschüttelt. Es ist ohne Kohlen. Der Eisenbahnverkehr wurde im ganzen Lande eingestellt. Die Arbeitslosigkeit ist ungeheuer gestiegen, von Stunde zu Stunde wächst die Not des Proletariats. Wenn die Krise in Ungarn auch mit der allgemeinen Weltwirtschaftslage zusammenhängt, so steht doch fest, daß sie durch die Regierungsmethoden Horthys wesentlich verschärft wird. Die weißen Banden haben bei der Verbreitung der „christlichen Kultur“ durch Mord, Totschlag, Raub und Erpressung das Land völlig zugrunde gerichtet, es ist zu einer Wüste gemacht. Und dieses Land, diese Offiziere, sie werden von unseren Nationalisten als Vorbild gepriesen!

Ein Abwehrbündnis

Die tschechoslowakische Regierung veröffentlicht den Text der mit der südlawischen Regierung in Belgrad am 14. August 1920 abgeschlossenen Konvention. Es heißt darin:

„Im Falle eines unprovokierten Angriffs seitens Ungarns gegen eine der vertragschließenden Parteien, verpflichtet sich die andere, an der Abwehr der überfallenen Partei mitzuwirken. Keine der beiden vertragschließenden Parteien kann eine andere Allianz mit einer dritten Macht ohne vorherige Verständigung der anderen Partei abschließen. Diese Konvention ist für zwei Jahre, beginnend mit dem Tage des Austausch der Ratifikationen, abgeschlossen. Nach Ablauf dieser Frist darf jede der beiden vertragschließenden Parteien diese Konvention kündi-

gen, welche jedoch noch für die Dauer von sechs Monaten, von der Kündigung angefangen, in Gültigkeit bleibt.“

Diese Konvention wird dem Völkerbunde zur Kenntnis gebracht werden.

Die lästige Konkurrenz

H. Amsterdam, 12. November.

„Handelsblad“ zufolge hat im englischen Unterhause ein Abgeordneter den englischen Handelsminister befragt, ob er wisse, daß eine große Einfuhr von Seidenstoffen aus Deutschland nach England infolge des niedrigen deutschen Valutastandes stattfindet, und daß die deutschen Preise wesentlich niedriger seien, als die Herstellungskosten in England. Weiter wurde gefragt, ob große Arbeitslosigkeit in der englischen Seidenindustrie herrsche und ob der Handelsminister mitteilen könne, welche Politik es zu ergreifen gedenke, um eine Besserung der Lage herbeizuführen. Sir Robert Horne antwortete, er wisse, daß die Lage der englischen Seidenindustrie unbefriedigend sei und daß gewisse Mengen von Seidenwaren aus Deutschland importiert würden. Diese Mengen seien aber nicht groß im Vergleich zu der Einfuhr Deutschlands vor dem Kriege. Der Interpellant erklärte noch, daß die Herstellungskosten von deutscher Seide gerade die Hälfte der englischen Herstellungskosten betragen.

Krieg Sowjetrußlands gegen Georgien?

III. London, 12. November.

Die Sowjet-Regierung hat ein Ultimatum an Georgien geschickt, in dem sie die sofortige Beendigung der Verhandlungen mit Wrangel, den Bruch der Beziehungen zur Entente und die Unterlassung jeden Handelsverkehrs mit den Entente-Staaten verlangt. Die Regierung Georgiens hat mit der Anordnung der allgemeinen Mobilisation geantwortet.

Die Viehlieferung an die Entente

Der Wiedergutmachungsausschuß hat die deutsche Regierung aufgefordert, in einer in Paris am 15. November stattfindenden Sitzung sich darüber zu äußern, in welchem Umfang Deutschland in der Lage ist, den von Frankreich, Belgien, Italien und Serbien auf Grund von § 2 des Anhangs IV zu Teil VIII Abschnitt I des Friedensvertrages angemeldeten Ansprüchen auf Rindvieh, Pferde und Schafe zu entsprechen. Die deutsche Regierung wird eine Kommission von Sachverständigen zu dieser Sitzung entsenden.

Bisher hatten die alldeutschen Hejzer die Öffentlichkeit wochenlang damit beunruhigt, die Entente habe die Forderung nach der Ablieferung von 810 000 Rindvieh gestellt. Die Aufforderung des Wiedergutmachungsausschusses zeigt, daß eine solche Behauptung, wie wir wiederholt festgestellt haben, den Tatsachen nicht entspricht, und daß die Entente mit der deutschen Regierung über die Zahl des abzuliefernden Viehs verhandeln will.

Der Geschäftsausschuß des deutschen Ärzte-Vereins hat eine Erklärung veröffentlicht, die mit der falschen Behauptung beginnt, daß „unser Heide“ die sofortige Ablieferung von einer Million Rindern, davon 810 000 Rindvieh, verlangen. Es ist selbstverständlich, daß alles unternommen werden muß, um jede neue Schädigung der Volksgesundheit zu verhindern. Unerhört aber ist es, daß der Deutsche Ärzte-Verein sich zur Grundlage seiner Erklärung die deutsch-nationalen Eigenmeldungen nimmt und dadurch seine Hand dazu bietet, daß die Gegensätze zwischen den Völkern sich immer aufs neue verschärfen.

Beratungen über den Korridor. In Warschau ist die deutsche Delegation von Sachverständigen die die Verhandlungen mit den polnischen Sachverständigen in der Angelegenheit der Verbindung Ostpreußens mit dem übrigen Deutschland durch den polnischen Korridor führen soll, angekommen. Die Arbeiten werden nach dem 12. November in Danzig fortgesetzt. Die polnisch-deutsche Delegation wird sich dann am 22. November nach Paris begeben.

Wenn ich zehn Mark hätte . . .

Ein Beitrag zur Kinderpsychologie.

Nach Niederschriften Berliner Gemeindefürsorgeämter von Lehrer F. Wähle.

Zehn Mark ist sehr viel Geld. Dann brauche ich keinen Hunger mehr zu haben und meine Geschwister auch nicht. Meine Mutter würde auch nicht mehr weinen. Dann würden mich die Leute auch nicht mehr auschimpfen, weil ich nicht mehr betteln käme. Wenn ich groß bin, nehme ich von jedem Lohn zehn Mark, und ich lade mich eine arme Mutter und Kinder, die keinen Vater mehr haben und schenke sie ihnen, daß es keiner weiß. Dann brauchen sie nicht mehr zu hungern; denn Hungern ist das Schlimmste auf der Welt.

Ich habe keinen Vater mehr, bloß durch den Krieg. Er war immer so gut, und sie haben ihn doch totgeschossen. Wenn mein Vater doch noch einmal käme und mit über das Haar striche mit seiner lieben Hand! Es müßte eine große Kasse im Lande geben, wo jeder einmal zehn Mark hineinlegt. Ich würde ein paar gute Menschen bitten, mir die zehn Mark zu schenken, daß ich auch etwas hineinlegen kann. Wenn dann wieder Krieg werden will, müssen sie damit den Frieden erhalten, daß kein Kind mehr seinen lieben Vater verliert. Mit Geld kann man doch alles.

Kunstbericht

In der neuen Ausstellung der Berliner Sezession, Kurfürstendamm 232, ist der weitaus größte Maler Louis Corinth, dessen „Parisurteil“ sehr schönes malerisches Material zu einem Bilde enthält — aber eben nur das Material. Corinth's Sinnlichkeit, Temperament und Liebe zum Handwerk sind ursprünglich und haben seine glücklichsten Arbeiten über das Aktistische hinaus. Aber Corinth begnügt sich, das Wert anzudeuten. Die Gestaltung verläßt er, ehe sie beginnt. Und doch ist nur der Künstler, der die letzte Gestaltung unter einem inneren Zwange ruhelos sucht. Auch diesmal überzeugen von dem künstlerischen Charakter ihrer Arbeit in erster Linie Magnus Jeller und Jacob Steinhard. Jeller, besonnen, streng und effektiv arbeitend, vermischt mehr und mehr das Schicksal, die Notwendigkeit, die hinter seinen in allen Gliedern stark gezeichneten Figuren steht. In seiner Liebe zu scharfen, kantigen und merkwürdigen Begrenzungen steht ein Weltschmerz, das in kristalliner Ausprägung weiterreißt. — In Steinhards Bildern ist noch ein Rest von Zufälligkeit und manchmal auch von Effekt, der die Formen dann klein und vergänglich werden läßt. Aber seine hochentwickelten Überzeugungen durchsagen der reinen künstlerischen Arbeit Steinhards, den Bruno Nadel als einen neuen Typus des jüdischen Künstlers in einer sehr schönen kleinen Tabitation

des Verlages Neue Kunsthandlung (Band 4 der „Graphiken der Gegenwart“) rühmt: „Die geistige Durchsichtigkeit der Figuren und der Landschaften, die stehende Anmut und Bestimmung, die Hohenot und die große Klage, der beste Schauer der Augen, das Verlorensein angesichts der äußeren Dinge und der innigen Zusammenhang mit einem Gotte, der um und um lauscht und schaut und redet — das können wir heute jüdisch nennen und dies ganz anders noch als Malerei von Liebermann und Israels etwa.“ Harry Deterlings kleine Landschaft in der Sezession scheint mir zu beweisen, daß er sich endlich freigemacht hat von dem Rezept Krauslop-Kohlhoff, das ein unerfreuliches Kompromiß zwischen Corinth und Kološka darstellt und das auch diesmal leider den Ton angibt.

Einige neue Ausstellungsräume geben sich gegenüber dem älteren Teil des Kunstaalons als sympathische Neuerung. Es handelt sich bei allen um sehr kleine Räume, in denen kaum mehr als ein Dutzend Bilder gezeigt werden können und zu denen der Eintritt frei ist. Die Galerie Nicolai (Wiktoriastraße 23a) ging voran. Ihre zwei kleinen Zimmer sind mit einem gewissen Aufwand hergerichtet, der aber durchaus nobel im Geschmack ist. Auch das Hängen der Bilder geschieht mit großem Geschick. Aber bei der Auswahl der Künstler kommt man mit Geschick allein nicht zu den wesentlichen und schöpferischen. Selten trifft man hier mehr als einen guten geschmackvollen Durchschnitt. Die jetzt ausgestellten Arbeiten von Wilhelm Schmid gehören zum Besten des bei Nicolai bisher Gezeigten, kommen aber von einem in der Einführung sehr starken Effektivismus auch nicht völlig los. — Ganz neu ist die Ausstellungsgelegenheit im Antiquariat Frankel (Ruhwieser 13), das mit einer kleinen Ausstellung der Novembergruppe eröffnet wurde. In der neben Rudolf Kölller und Bernhard Klein Moritz Rejzer als der beweglichste erscheint. Weiter fehlen auch diesmal in der Novembergruppe nicht die total Ueberflüssigen, die sich im Besitze einer „modernen“ Formel nach einem behaglichen Ruheplätzchen umsehen. — Der kleinste der neuen Kunstraum ist das Buch- und Kunstheim Twardy (Potsdamer Straße 12), dessen winziger Raum Artur Götz mit künstlerischem Takt ausmalte. Was hier besonders erfreut, ist der Versuch, eine Gelegenheit zur Aussprache zu schaffen. Die ausstellenden Maler, Bildhauer, Architekten, die Philosophen, Theologen, Historiker sprechen über ein aktuelles Thema und regen zur Diskussion an. Die Abende wirken angenehm improvisiert und ohne Präzedenz. Wer kommt, muß die Enge und manche Unbequemlichkeit in Kauf nehmen. Aber deshalb kommen auch nur Menschen, die sachlich interessiert sind — was allein das Risiko einer Diskussion erlaubt. Es liegt hier ein schöner Anfang vor. Dieser kleine Kunstraum in einer starken Verkehrsstraße, der mit Frische und ohne Scham auf ein Dogma geleitet wird, ist wie geschaffen, eine Art von unpapierne Journal zu werden, mit vielen Vorteilen der Unmittelbarkeit und Aktualität vor den gedruckten Kunstzeitschriften, deren Beiträge oft schon nicht mehr richtig sind, wenn sie nach Monaten erscheinen. — Zur Zeit sind die Zeichnungen Bruno Taut's dort ausgestellt, die unter dem Titel „Die Erde eine gute Woh-

nung“ zusammengefaßt sind, und zu denen Taut an einem Abend das Wort nahm. Vielleicht liegen sich aber die Preise für die Vorträge ermäßigen?

Ich möchte nicht verfehlen, auf die Bilder Walter Dorels bei Gurlikt (Potsdamer Straße 112) hinzuweisen, deren stille, zarte Farben schön zusammenklingen, und auf die Graphische Gesamtschau, die der „Sturm“ (Potsdamer Straße 134 A) zeigt. Ihr eingehendes Studium sei denen empfohlen, die den sicheren Weg über die „Entwicklung“ gehen wollen. Adolf Behne.

Claude Monet. Am 14. November vollendet der älteste Vertreter des französischen Impressionismus, der Landschaftsmaler Claude Monet, der aber nicht mit dem im Jahre 1883 verstorbenen Mitbegründer und Hauptmeister des Impressionismus Edouard Manet verwechselt werden darf, in voller geistiger Frische sein 80. Lebensjahr. In ungebrochener Schaffenskraft verbringt Monet, der kürzlich erst eine große Zahl seiner Bilder der französischen Nation als Geschenk überlassen hat, auch heute noch den größten Teil des Tages vor seiner Staffelei.

Die Novembergruppe deutscher expressionistischer Maler erzielten mit ihrer ersten Ausstellung in Rom in der Sala d'arte großen Erfolg. Der bekannte Futurist Marinetti vollzog die Eröffnung durch ein Manifest für die expressionistische Kulturbewegung.

Der Nobelpreis für Literatur, der im vorigen Jahre nicht verteilt wurde, wurde von der schwedischen Akademie dem schwedischen Dichter Karl Spitteler zugeteilt. Spitteler ist 75 Jahre alt und besonders durch sein großes Epos „Dionysius Frühling“ berühmt geworden. Den Preis dieses Jahres erhielt der norwegische Schriftsteller Knut Hamsun, dessen Roman „Hunger“ wir gegenwärtig abdrucken. Der Nobelpreis für Physik wurde dem Direktor des internationalen Bureaus für Maß und Gewicht in Breiten, Charles Edouard Guillaume, in Anerkennung seiner Verdienste durch die Entdeckung der Anomalien der Riddlelegierungen zugeteilt. Der Nobelpreis für Chemie soll dem Professor Adolf Otto Nilsen, dem Inhaber des Lehrstuhls für Chemie an der Helsingforsker Universität, verliehen werden. Professor Nilsen ist durch seine Forschungen über die Herstellung von künstlichem Kautschuk bekannt geworden.

Die Notlage der Künstlergesellschaft hat den Bund Deutscher Architekten, Landesbezirk Brandenburg, veranlaßt, alle Künstlerverbände Berlins zur Veranstaltung einer Kundgebung am Sonntag, den 28. November, einzuladen.

Vertragsabend. Artur Hailer legt für die Volksbühne am 18. November, (Donnerstag) abends 7½ Uhr, im Gesamtprogramm zum grauen Kloster, Klosterstr. 74, aus eigenen Dichtungen ein Eintragspreis 70 Pf. — Der Maler Heinrich Vogelers und Worswede spricht am 12. November, abends 8 Uhr, in den „Wachstagen des Westens“, Spichernstr. 3, über das Thema: „Kritisches Werden und menschliche Erfüllung.“ — Clara Braut tritt am Sonntag, den 14. November, im Rittmorch-Scharwenka-Saal einen allstümlichen Liedabend.

Die verunglückte kommunistische Putschpolitik

Die Leitung der kommunistischen Partei erinnert zur Zeit einigermaßen an den Hund, der noch vorne bellt, weil er von hinten in den Schwanz gebissen wird. Die Leute von der K. A. P. D. und von der Arbeiterunion, die sich beinahe als weit radikalere und revolutionärere halten, als die Moskauer Kommunisten, machen diesen zum Vorwurf, daß sie nicht nur die Arbeitslosen im Stiche lassen, sondern auch im Elektrizitätsarbeiterstreik die Interessen des Proletariats verraten hätten. Es bleibt nicht nur bei Vorwürfen, sondern es kommt zuweilen auch zu Prügeleien, und wenn wir nicht jede einzelne der widerwärtigen Szenen berichten, in denen sich die Kommunisten der verschiedenen Spielarten Schimpfwörter und Biergläser an den Kopf werfen, so glauben wir im Interesse des Proletariats zur Verlegung dieser Christenpflicht gezwungen zu sein. Die Führer der Kommunisten aber helfen sich anders. Weil sie von ihren Freunden aus den anderen kommunistischen Fakultäten Prügel beziehen, so suchen sie nach einem Ableiter für ihre getränkten Gefühle, und so glauben sie in den „menschenwürdigen Rechtsunabhängigen“ gefunden zu haben.

In der heutigen Ausgabe der „Roten Fahne“ steigt Paul Levi höchstselbst in die Arena, um über die Lehren des Elektrizitätsstreiks zu lehrern. Er belehrt uns zuerst darüber, daß der Streik der Elektriker kein Streik im gewöhnlichen Sinne sei, sondern daß alle Lohnkämpfe im jetzigen Augenblick Kämpfe seien, die durch den Zusammenbruch des kapitalistischen Gebäudes ausgelöst würden, und deshalb revolutionäre Kämpfe seien. Wenn erst die anderen Arbeiter mit darüber bestimmen sollten, ob ein einzelner Kampf geführt werden solle, so würden wir zu der Heilslehre der gottseligen alten deutschen Sozialdemokratie zurückkehren. Darnach müßte man also annehmen, daß Paul Levi nicht nur das höchste Vorgehen einer einzelnen Gruppe in diesem Falle billigt, sondern bereit ist, alle revolutionären Forderungen daraus zu ziehen: nämlich die Massen der nichtbeteiligten Arbeiter „mitzureißen“ bis zum Generallstreik und darüber hinaus zum Kampf um die Eroberung der politischen Macht. Er müßte aber noch weiter gehen und auch jeder anderen Gruppe von Arbeitern das Recht zusprechen, zu jeder ihnen passenden Gelegenheit vorzustoßen und dann feilsch der gesamten Arbeiterschaft die Verpflichtung aufzuerlegen, solche isolierte Aktionen als die Faktoren zu den letzten revolutionären Kämpfen anzusehen.

In diesem Augenblick fühlt aber der Führer der kommunistischen Partei, daß er sich auf gefährlichem Boden begibt. Und nun biegt er als guter Advokat seine Logik um und sagt, daß es in der augenblicklichen Situation nicht zu einem Generallstreik hätte kommen dürfen. Er bemerkt „unseren Brüdern von links“, daß es nicht genüge, die Parole Generallstreik auszugeben. Ein Generallstreik müsse geführt werden vom Proletariat:

„Generallstreik, ohne die gewaltigen Massen des Proletariats hinter sich, ohne den Willen der Hunderttausende, ist kein Generallstreik, sondern eine Blamage; und vollends kann ein solcher Generallstreik sich niemals ausweiten zum Generallstreik, der vielleicht in den vorberstehenden Reihen ausgelöst werden kann von einigen Tausenden bester revolutionärer Kämpfer, der aber getragen sein muß von der Sympathie und von dem Willen der großen Masse. Ist er das nicht, so fällt er zusammen, ehe er begonnen hat. Wir denken, daß für diese Anschauungen die deutsche Revolution schon Beispiele genug gegeben hat. Doch diese Beispiele von der K. A. P. noch immer nicht verstanden worden sind, und daß sie noch immer glauben, der Generallstreik bestehe aus der Parole der „Führer“ und aus den begeisterten Zurufen einer Versammlung, ist bedauerlich.“

Ausgezeichnet! Das ist genau dasselbe, was wir feilsch gegenüber der Putschpolitik der Kommunisten betont haben und wofür wir oft genug von ihnen beschimpft worden sind. Auch was Levi weiter feststellt, trifft durchaus zu. Breite Massen des Proletariats lehnten einen Generallstreik in dieser Situation entschieden ab. Deswegen sei es töricht, den Generallstreik dadurch zu erzwingen, daß man Kolonnen in die Betriebe schickt; vielmehr sei es notwendig, den Arbeitern begriffbar zu machen, den Kampf, den Bourgeoisie mit politischen Mitteln führen, mit denselben Waffen zu erwidern. Aus dieser Erkenntnis zieht Paul Levi aber

Musik

Wieviel Antriebe von außen her hat es gekostet, bis Wilhelm Furtwängler zur Leitung der Symphonieorchester am Staats-Theater berufen wurde. Besonders auch von den Orchestermitgliedern wird anerkannt, daß er seine Sache über alle Erwartungen hinaus hervorragend vertritt. Der Mann, der nächst Leo Bloch als Opernkapellmeister und nächst Wilhelm Furtwängler als Dirigent der Symphonieorchester für das Haus in Frage kommt, heißt Fritz Busch. Auf seinem ersten diesjährigen Konzert mit den Philharmonikern hörte ich den letzten Satz der zweiten Symphonie von Brahms (D-dur), der von Naturtemperament präpitiert und mit Vollblütigkeit in jeder Stimme festmüßig herangemittelt war. — danach die Hüller-Variationen von Reger. Persönlich durchgegriffene Phrasierung und die eckentlichsten Feinheiten der Dynamik ließen alle Werte der Schöpfung in härteste Beleuchtung. Fritz Busch ist der unumstrittenste Regierdirigent.

Maria Pos-Carlotti, eine spezifische Erscheinung des arischen und tanzonen Schöngehaltes, hat in vollem Umfange erfüllt, was sie bei ihrem ersten bescheidenen Auftreten vor kaum zwei Jahren erwarten ließ. Die empfindliche Kultur ihres Atems, die sorgsame Pflege der Aussprache, der musikalische Sinn für alles Vocal-Klangliche befähigen sie, eine Zeit in neuer Perspektive erleben zu lassen, in der die Freude am leicht „abstrahierenden Wohlklang“ noch stärker ausgeprägt war als das Verlangen nach leidenschaftlicher, innerlich durchdringender Gestaltung. Die Entschiedenheit von allen darstellerischen Effekten wirkt bei der abgeklärten Art ihrer ausgesprochenen kantilenen Veranlagung besonders wohlthuend und seelisch bannend. Schuberts Lied „Der Hirte auf dem Felsen“, in dem ihre glodenhelle Stimme mit der obligierten Klarinette (von Carl Eberger gespielt) um die Wette jubiliert, war eine köstliche, seltene Gabe.

Zu dem Kunstabend des Männerchors „Norden“ in der Singakademie, den ich wegen der Verkehrsbehindernisse nicht selbst besuchen konnte, wird mir von sachkundiger Seite berichtet, daß die Sicherheit der Chordarbietungen durch die unzureichende Beleuchtung stark beeinträchtigt war. Eine eifrige, langjährige Schulung in den einzelnen Stimmen ist noch sehr anzutreten. Einen wirkungsvollen Eindruck hinterließ die sechsstimmige Chorcomposition „Hochamt im Walde“, die der Chorleiter des Vereins Paul Kurz geschrieben hat. Das Frauenorchester Olga Fleck, Maria Hahn, Adeline Sandow und die Celloporträgen des Kammerorchesters Willi Dederer brachten durch andächtig aufgenommene künstlerische Sololeistungen Belebung in das Programm, während der Geiger Dito Mittlis nicht vollauf bestrebtig. W.

Die Staatsoper wird im Laufe des Winters im Sinne vollständiger Kunstpflege außerhalb des Opernhauses in verschiedenen Stadtteilen einige Konzerte veranstalten. Das erste dieser Konzerte findet am Sonntag, den 14. d. Mts., vormittags 11 1/2 Uhr, im Saal der „Neuen Welt“ in der Halenselbe, statt. Das Programm enthält nur Werke Richard Wagners. Solistisch wirken mit Frau Hedemann-Bettendorff und die Herren Guttf. und Kraus. Die musikalische Leitung hat Generalmusikdirektor Leo Bloch übernommen. Preise der Plätze: 3,50 M., 4,50 M., 5,50 M.

Die für gestern angelegte Erstaufführung der beiden neuen Ballette im Opernhaus ist auf nächsten Montag verschoben worden.

nicht etwa den Schluß, daß das Proletariat in einer geschlossenen revolutionären Front gefammelt und dazu erzogen werden müsse, seine Aktionen vom Boden des Klassenkampfes mit allen Mitteln der ihm zu Gebote stehenden ökonomischen und politischen Macht durchzuführen, sondern er ruft seine Freunde auf, den Kampf nicht gegen die Bourgeoisie, sondern gegen die Gewerkschaften und die nichtkommunistischen Parteien des Proletariats zu führen. Und er gibt schließlich die Parole aus, den Verlauf des Elektrizitätsarbeiterstreiks „in den Mittelpunkt einer genügenden propagandistischen und agitatorischen Arbeit zu stellen“.

Neue Zerföhrungsarbeit, neue Spaltungsmöglichkeiten; das ist also die Lehre, die die Kommunisten aus diesem Streik ziehen wollen. Sie werden mit dieser Parole bei „unseren Freunden von links“ keine Verzeihung finden. Und auf der anderen Seite wird die Masse des Proletariats sich zwar in erster und grundsätzlicher Weise mit den Lehren befassen, die ihnen der Streik der Elektrizitätsarbeiter und die Katastrophepolitik der Kommunisten gegeben haben; sie wird es aber noch energischer als bisher ablehnen, sich zum Gaudium der Bourgeoisie noch weiter von den kommunistischen Konfusionen und Konfusionen verwickeln und Schwächen zu lassen. Die kommunistischen Putschaktoren mögen ihre Prügeleien unter sich selbst austragen; das Proletariat wird seinen Rücken nicht dazu hergeben!

Wieder eine Unwahrheit

Die „Rote Fahne“ behauptet in ihrer heutigen Ausgabe, daß die bürgerliche Presse eine Meldung der „Freiheit“ verbreitet habe, nach der die Kommunisten das Erscheinen unseres Blattes durch Abschneiden des elektrischen Stromes unmöglich gemacht hätten, während die „Rote Fahne“ Strom erhalten habe. Beides sei nicht wahr, und wir hätten nur ungeschicklich gelogen.

Demgegenüber genügt die Feststellung, daß wir eine solche Meldung niemals verbreitet haben. Wir triffen lediglich mit, daß für irgend eine Druckerlei, die „wichtige Parteijahre“ der Kommunisten zu drucken hatte, Strom geleistet worden ist, wogegen die Herstellung eines Rotenschlusses für die „Freiheit“ verweigert wurde, weil wir nach der Meinung der Kommunisten „nicht mehr zu den Arbeiterblättern“ gehörten. Von der „Roten Fahne“ war in unserer Mitteilung überhaupt nicht die Rede.

Es ist kennzeichnend für das Blatt, daß es seine Informationen aus der bürgerlichen Presse bezieht, um darauf seine Verleumdungen aufzubauen!

Auf Umwegen

Verbindlichkeitserklärung von Schiedsprüchen

Ueber die Aufgabe der Demobilisierungskommissionen in bezug auf die Verbindlichkeitserklärung von Schiedsprüchen der Schlichtungsausschüsse sind wiederholt Zweifel hervorgetreten, zu deren Behebung der Handelsminister, wie den P. M. mitgeteilt wird, die Demobilisierungskommissionen (im allgemeinen die Regierungspräsidenten) erneut angeordnet hat. Danach soll der Regierungskommissar bei Gesamtschlichtungen nur dann zur Verbindlichkeitserklärung von Schiedsprüchen als dem letzten Hilfsmittel schreiten, wenn er überzeugt wird, daß die im Schiedspruch getroffene Regelung zweifellos der Billigkeit entspricht, ein staatliches Eingreifen zur Aufrechterhaltung des Wirtschaftslebens unerlässlich ist und auch den gewöhnlichen Erfolg verspricht. In erster Linie kommen hierbei Gesamtschlichtungen in lebenswichtigen Betrieben in Betracht. Ein drohender Streik hingegen ist für sich allein kein ausreichender Grund, um die Verbindlichkeitserklärung auszusprechen. In welcher Weise sich der Demobilisierungskommissar von der Billigkeit der Schiedsprüche überzeugt, ist in sein pflichtgemäßes Ermessen gestellt. Bei Streitigkeiten über den Abschluß von Tarifverträgen ist die Entscheidung in der Regel nicht eher zu treffen, bis den Parteien Gelegenheit gegeben ist, in einer kontraktualistischen Verhandlung zu dem Antrag auf Verbindlichkeitserklärung Stellung zu nehmen. Inwieweit in anderen Fällen eine persönliche Verhandlung mit den Parteien angezeigt ist, wird von der Beurteilung des Einzelfalles abhängen. In allen zweifelhaften Fällen sind derartige Verhandlungen zweckmäßig.

In der bisherigen Praxis erfolgte die Verbindlichkeitserklärung von Schiedsprüchen in der Regel nur auf Antrag der gewerkschaftlichen Organisation, also dann, wenn die Arbeiterschaft ein Interesse an der Ausdehnung der tariflichen Abmachungen auch auf die nicht in dem als Vortragskontrahenten erscheinenden Unternehmerverband organisierten Betriebe hatte. Die Vorteile, die der Arbeiterschaft daraus erwachsen, fallen nach dieser Neuregelung hinweg, denn in dieser Anweisung an die Regierungspräsidenten und Demobilisierungskommissionen haben diese ein Recht, Schiedsprüche von sich aus dann für verbindlich zu erklären, wenn ihr „pflichtgemäßes Ermessen“ (?) ihnen ein staatliches Eingreifen zur Aufrechterhaltung des Wirtschaftslebens unerlässlich erscheinen läßt. Das heißt, sie brauchen weder dem Antrage einer Gewerkschaft auf Verbindlichkeitserklärung eines durch Schiedspruch zustande gekommenen Tarifses zu folgen, noch brauchen sie diesen Antrag abzuwarten. Das bedeutet zweifellos eine Ausdehnung des bürokratischen Rechtes zum Eingreifen in die Lohnstreitigkeiten. Ein völlig neues Prinzip wird somit plötzlich in dieses Gebiet hineingetragen und zwar in einer für die Arbeiterschaft ungünstigen Weise. Wir finden es unerhört, daß der Herr Handelsminister durch eine Anweisung an seine Beamten in so einschneidender Weise in diese Dinge eingreifen darf, die nicht auf dem Wege der Verordnung, sondern nur durch die Gesetzgebung und unter Mitwirkung der Arbeiterorganisationen erledigt werden dürfen. Will man etwa auf solche Art auf Umwegen der Streikfreiheit der Arbeiterschaft in den lebenswichtigen Betrieben zuleibe gehen? Wie kommt es, daß diese Verlautbarung gerade mit dem Elektrizitätsstreik zusammenfällt?

Wie sie schwindeln

In der zuerst erschienenen Nummer der „Internationale“ wird behauptet, daß die Nachricht, Dämmig und Genossen hätten ihren Antrag auf Zuweisung des Parteibureaus und der Parteierichtungen zurückgenommen, wie wir noch ausdrücklich mit unserem Rechtshilfshand dem Genossen Dr. Herzfeld erfahren, abfolgt unwahr“ sei. Demgegenüber stellen wir fest, daß in dem Prozeß, den Dr. Herzfeld im Auftrag von Dämmig und Genossen auf Zuweisung des Parteibureaus und der Parteierichtungen gegen die Genossen Geppien, Wittmann und Hies angestrengt hat, bereits am 4. d. M. folgender Schriftsatz dem Genossen Dr. Rosenfeld zugestellt wurde:

Berlin, den 3. November 1920.

In Sachen Dämmig und Genossen gegen Geppien und Genossen nehme ich den Auftrag vom 20. Oktober d. J. hierdurch zurück.

Dr. Herzfeld, Rechtsanwält.

Wir sind begierig, was die Renommistinnen unne mehr sagen werden.

Der französische Militarismus. Der Haushaltsentwurf des französischen Kriegsministeriums für 1921 weist Ausgaben im Betrag von 8548 873 210 Francs auf und hebt an Truppen 608 000 Mann und 35 473 Offiziere vor, abgesehen von den dem Kolonialministerium unterstehenden Truppen in Ägypten, Syrien und Marokko.

Aus der Wirtschaft

Die deutsche Kohlenproduktion

Die Kohlenproduktion ohne Saarrevier und Pfalz betrug vom Januar bis September:

	1920	1919
Steinkohlen	95 736 770 To.	77 609 473 To.
Braunkohlen	81 192 346 To.	68 867 286 To.
Summa:	176 929 116 To.	146 476 759 To.

Danach liegt die deutsche Steinkohlenproduktion vom Januar bis September 1920 gegen den gleichen Zeitraum im Jahre 1919 um 18 037 297 Tonnen. Die Braunkohlenproduktion im gleichen Zeitraum um 12 624 000 Tonnen, zusammen Stein- und Braunkohlenproduktionssteigerung im Jahre 1920 (Januar bis September) um 30 662 257 Tonnen. Das ist eine gewaltige Steigerung der Kohlenproduktion in Deutschland, an der die deutschen Kohlenkönige reichlich profitiert haben, obwohl sie trotzdem über ihre schlechte Lage klammern.

Im Monat September 1920 allein betrug die deutsche Steinkohlenproduktion 11 549 516 Tonnen, und die der Braunkohlen 10 102 551 Tonnen (ohne Saarrevier und Pfalz), zusammen 21 652 067 Tonnen. Legen wir den Monat September 1920 zugrunde und rechnen die deutsche Kohlenproduktion für die Zukunft für ein ganzes Jahr zusammen, so haben wir da mit einer Jahreskohlenproduktion im nächsten Jahr in Deutschland über 260 000 000 Tonnen zu rechnen. Nach Lage der Sache wird die Kohlenproduktion in den nächsten Monaten noch gesteigert werden. Im letzten Friedensjahre, 1913, betrug die deutsche Steinkohlenförderung 191 Millionen Tonnen und 87,2 Millionen Tonnen Braunkohlen. Saarrevier und Esch-Schörling waren mit 17 Millionen Tonnen Steinkohlen an der Friedensförderung 1913 beteiligt, die jetzt für Deutschland nicht in Frage kommen und auch für die Zeit von Januar bis September 1919 und 1920 nicht mehr aufgeführt worden sind. Die deutsche Kohlenproduktion im Monat September 1920 verteilt sich auf die einzelnen Bergreviere wie folgt:

	Steinkohlen	Braunkohlen
Breslau-Niederschlesien	359 109 To.	445 337 To.
Breslau-Oberschlesien	2 757 385 To.	830 To.
Halle	2 929 To.	4 867 536 To.
Clausthal	89 673 To.	159 858 To.
Dortmund	7 512 170 To.	935 To.
Sonn (ohne Saargebiet)	487 907 To.	2 834 523 To.

Für die übrigen deutschen Länder stellt sich die Kohlenförderung im September wie folgt:

	Steinkohlen	Braunkohlen
Bayern (ohne Pfalz)	7 629 To.	225 532 To.
Sachsen	309 956 To.	708 002 To.
Hessen	—	41 273 To.
Braunschweig	—	257 963 To.
Sachsen-Altenburg	—	431 265 To.
Anhalt	—	93 497 To.
Übriges Deutschland	13 358 To.	—

Es wird allerhöchste Zeit, daß dem Kapitalismus diese Naturschätze entzogen werden. Dieses kann nur durch die Sozialisierung des Bergbaues geschehen. Also, heran ans Werk!

Die täglichen Zusammenschlüsse

Im Bankwesen macht die Konzentration nicht geringere Fortschritte als in der Industrie. Kürzlich haben wir von den großen Banken gemeldet, die die Deutsche Bank vornimmt. Heute wird von einem weiteren Zusammenschluß im Bankwesen berichtet: Die Nationalbank für Deutschland, die ein Kapital von 150 Millionen Mark besitzt, plant sich die Holstenbank in Neumünster an, die ein Kapital von 75 Millionen Mark, acht Filialen und einen Einlagenstand von über 90 Millionen Mark besitzt; ferner beabsichtigt die Nationalbank, die Bankfirma Bernhard Caspari in Hannover zu übernehmen und in eine Filiale umzuwandeln. — Die Nationalbank für Deutschland hat sich erst vor kurzem mit der Deutschen Nationalbank in Bremen zusammengeschlossen und sich in letzter Zeit an vielen großen Finanztransaktionen in der Industrie beteiligt.

Maschinenverkauf an das Ausland

Nach einer Meldung der „Tel.-Union“ kommt es in letzter Zeit sehr häufig vor, daß gebrauchte Textilmaschinen ans Ausland verkauft werden, indem man behauptet, daß diese Maschinen nicht wieder so schnell in Gang geleitet werden könnten, um zur Aufrechterhaltung der Betriebe Verwendung finden zu können. Tatsächlich aber wurde festgestellt, daß gewisse ausländische Agenten den Versuch machen, diese Maschinen zu Schleuderpreisen für ausländische Fabriken anzulassen. In Zukunft soll daher die Kontrolle über die Ausfuhr gebrauchter Maschinen wirkungsvoller gehandhabt werden.

Wir sind der Meinung, daß die wirkungsvollste Kontrolle die der Betriebsräte sein könnte. Die Arbeiterschaft hat das höchste Interesse daran, daß der Schamlosigkeit der Kapitalisten, die zur Verdrängung ihrer Profitgier nicht davor zurückschrecken, die Zukunft unserer Volkswirtschaft zu untergraben und den Arbeitern die Arbeitsmöglichkeit zu entziehen, ein Ende gemacht wird. Betriebsräte, wacht darüber, daß die Profitjäger auch nicht eurer Produktionsgrundlagen berauben!

Neuerliches Steigen des Notenumlaufs

Nach einer kleinen Ruhepause von zwei Wochen ist der Notenumlauf in der letzten Oktoberwoche neuerlich gestiegen, und zwar um 1530 Mill. Mark auf 63 698 Mill. Mark. Auch der Umlauf an Darlehenskassenscheinen ist etwas gestiegen, um 83 Mill. Mark auf 13 024 Mill. Mark. Der Gesamtbeitrag des umlaufenden Papiergeldes beläuft sich also bereits auf mehr als 76 Milliarden Mark — allerdings eben nur Papiermark.

Das Erntergebnis in Preußen

Das statistische Landesamt gibt das Ergebnis der Vorkühnungen der preussischen Ernte im Jahre 1920 bekannt. Danach wurden an Erntegeldern insgesamt 6 308 945 Tonnen (gegenüber 7 089 837 Tonnen im Jahre 1919 und 7 272 118 Tonnen im Jahre 1918) geerntet, an Hafer 3 273 889 (3 022 166; 2 681 097) Tonnen, an Kartoffeln 20 456 947 (14 902 403; 17 213 162) Tonnen.

Es ist also das Erntergebnis an Kartoffeln beträchtlich gesunken, aber um den Preis einer für die Arbeiterschaft empfindlichen Preiserhöhung, und dennoch droht allerorten Kartoffelknappheit, weil die hohen Fleischpreise, die uns die freie Fleischwirtschaft beschert hat, es für den Landwirt noch rentabler machen, seine Kartoffeln zu verfüttern. Andererseits ist der Ertrag der Brotgetreideernte weiter empfindlicher zurückgegangen; angesichts dieses Rückgangs muß erneut die Forderung nach Regelung der Getreidewirtschaft erhoben werden, die von den Interessenten, die in der Regierung gute Freunde haben, immer wieder hintertrieben wird.

Holland schwimmt in Butter

Der Verband der holländischen Händler in Milchprodukten hat sich telegraphisch mit dem dringenden Ersuchen an den Landwirtschaftsminister gewandt, die Abgabe auf die Ausfuhr von Butter möglichst ganz in Wegfall kommen zu lassen, da die Ausfuhr unter den jetzigen Umständen unmöglich sei und die Exporte sich in bedenklichem Maße ankümmeln. Auch für Käse erachtet der Verband die Aufhebung der Ausfuhrabgabe für notwendig, wenn ein Export überhaupt möglich sein sollte.

Italien stellt den Friedenszustand her

Das Kabinett Giolitti hat die letzten Einjährungsverträge für die Einfuhr aus Deutschland und Dänemark noch beschlossen, aufgehoben.

Man muß anerkennen, daß Italien, nicht zum geringsten infolge des Druckes des Proletariats, den andern Entente-Ländern im Abzug des Kriegsschatzes und der Kriegsmagnaten immer vorzug war.

